

## GLEICHBERECHTIGUNG

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Religion ihrem Geschlecht oder ihrer sexuellen Orientierung. Diese im Grundgesetz festgeschriebene Gleichberechtigung ist ein Grundpfeiler unseres Rechtsstaates, den zu schützen wir uns verpflichtet sehen. Gleichberechtigung darf jedoch nicht nur gesetzlich festgeschrieben sein, sondern muss auch im täglichen Leben praktiziert werden; Ungleichbehandlungen dürfen nicht toleriert werden!

Es gilt jedoch zu beachten, dass Gleichberechtigung nicht gleichzusetzen ist mit zwanghafter Gleichstellung. Die Menschen sind in ihrer Verschiedenheit zu respektieren; es bringt nichts, natürliche Unterschiede zu ignorieren. Aus diesem Grund lehnen wir jegliche Art von Quoten auf dem Arbeitsmarkt ab! Diese Quoten, seien es Frauen-, Ausländer- oder sonstige Quoten, widersprechen zutiefst unseren Vorstellungen von Rechts- und Chancengleichheit: Ist es gerecht, wenn ein Migrant aufgrund einer Quotenregelung eingestellt wird, obwohl ein Deutscher, der sich ebenfalls beworben hat, viel besser qualifiziert war? Hat das noch irgendwas mit Leistungsgerechtigkeit zu tun? Wir sagen ganz klar: Nein! Entscheidend muss die Leistung sein, unabhängig von der Herkunft oder dem Geschlecht. Eine Quote richtet eben diesen Gerechtigkeitsgrundsatz zugrunde und ist von daher auf ganzer Linie abzulehnen!

## JA ZUR FAMILIE!

Wir als junge Christdemokraten bekennen uns uneingeschränkt zum Leitbild von Ehe und Familie: Die Familie ist als kleinste gesellschaftliche Einheit unersetzbar für die Zukunft unserer Gesellschaft! Hier werden die Zukunftsträger unseres Landes – die Kinder – primärsozialisiert, hier werden die Werte und Grundlagen vermittelt, die für das spätere Leben unerlässlich sind. Der Staat kann niemals zu hundert Prozent die erzieherischen Leistungen von Vater und Mutter ersetzen.

Die Bedeutung von Familien muss sich in jedem Fall auch in der Politik niederschlagen: Das Kindergeld ist keine Sozialleistung, sondern eine staatliche Entschädigung der elterlichen Erziehungsleistung. Als solche muss das Kindergeld stets auf mögliche Erhöhungen geprüft werden. Weiter gilt es Familien – wo immer es geht – zu unterstützen und zu fördern. Ausgebaut werden könnte diese Unterstützung beispielsweise durch ein Familiensplitting bei der Steuerberechnung, einer Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Rentenberechnung oder auch einer stärkeren Vergünstigung für Familien beim Nutzen öffentlicher Einrichtungen wie beispielsweise den städtisch finanzierten Freibädern.

Eine zentrale familienpolitische Frage für uns junge Generation ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Es muss möglich sein, dass die Entscheidung für Familie und Kinder nicht die beruflichen Perspektiven untergräbt. Hierzu bedarf es gesetzlicher Regelungen wie der Elternzeit als auch eines ausreichenden Angebotes an Kindertagesstätten. Oberstes Gebot muss jedoch die Wahlfreiheit bleiben; gewisse Lebensentwürfe dürfen nicht privilegiert werden! So ist sicherzustellen, dass eine junge Mutter, die sich dazu entschließt, ihre Kinder zu Hause zu erziehen, vom Staat nicht schlechter gestellt wird als diejenige, die staatliche Kindertagesstätten in Anspruch nimmt. Konkret heißt das: Wenn es ein Recht auf einen Platz in der Kindertagesstätte gibt, dann muss es auch ein Recht auf ein adäquates Betreuungsgeld für die heimische Erziehung geben. Nur so kann verhindert werden, dass der Staat bestimmte Lebensentwürfe einseitig bevorzugt bzw. benachteiligt; nur so wird die Wahlfreiheit für junge Familiengründer sichergestellt.

Interesse geweckt?

Die JU Rhede trifft sich an jedem ersten Freitag im Monat um 19.00 Uhr im CDU-Fraktionsbüro (im Rathaus, rechts neben dem Abseits).

Schau einfach vorbei!

[www.ju-rhede.de](http://www.ju-rhede.de)

und auf Facebook



## THESENPAPIER

Junge Union  
-Rhede-

## VORWORT



### Liebe Leserinnen und Leser,

in den Händen haltet ihr ein Thesenpapier der Junge Union Rhede: Was steckt denn da hinter, wird sich jetzt der ein oder andere fragen.

Als lokale politische Jugendorganisation mischen wir aktiv am politischen Geschehen vor Ort mit und organisieren Veranstaltungen wie Pokerturniere, Diskussionsnachmittage und Parties – und das wird auch in Zukunft so bleiben. Darüber hinaus diskutieren wir junge Christdemokraten bei unseren Treffen jedoch seit jeher auch über Themen, die über den lokalen Tellerrand hinausgehen: Wie soll unsere Gesellschaft in Zukunft aussehen, was ist ein gerechter Sozialstaat, was bedeutet eigentlich Heimat und wie schaffen wir es in Zukunft besser, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen?

Diese Fragen gehen uns alle was an – insbesondere die junge Generation, der die Zukunft gehört. Unserer Ansicht nach ist es wichtig, dass wir junge Bürger uns selbst damit auseinandersetzen, was wir für die Zukunft wollen und dass wir diese selbst aktiv mit gestalten – und das nicht immer nur den anderen zu überlassen. Hierzu wollen wir als Junge Union Rhede einen Impuls setzen, und deswegen wenden wir uns nun mit unseren Standpunkten an Euch: Wir freuen uns auf spannende Diskussionen!

Viele Grüße,

Eure

**Junge Union Rhede**

## GESELLSCHAFTSBILD

Wir bekennen uns uneingeschränkt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der schlimmen Erfahrungen diktatorischer Willkür gilt unser Einsatz dem Erhalt von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit. Diese Prinzipien sind keine Selbstverständlichkeit, sondern müssen aktiv bewahrt und verteidigt werden!

Wir bekennen uns ebenso zu unserer säkularen Gesellschaftsordnung: Die Trennung von Staat und Kirche ist ein wichtiger Bestandteil unserer freiheitlichen Ordnung. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir unsere religiöse Herkunft verleugnen: Die christlich-abendländische Kultur ist das Fundament unserer gesellschaftlichen Ordnung und entsprechend zu pflegen und zu fördern. Erst wenn wir uns unserer eigenen religiös-kulturellen Wurzeln bewusst sind, können wir mit Verständnis und Offenheit in einen interkulturellen Austausch treten.

Aus unserem kulturellen Selbstverständnis heraus erkennen wir die religiösen Empfindungen anderer Glaubensrichtungen sowie den Wunsch nach deren Ausübung an. Wir stehen zur Religionsfreiheit! So muss es auch einem Moslem in Deutschland möglich sein, seine Religion in einem würdigen Gotteshaus auszuüben. Es gilt jedoch zu beachten, dass unsere Gesellschaft auf einer langen christlich-abendländischen Tradition fußt und sich dies auch in unseren Stadtbildern niederschlagen sollte: Wir lehnen von daher den Gigantismus beim Neubau von Moscheen ab!

Wir streben eine offene und tolerante Gesellschaft an. In diesem Zusammenhang stellt die Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund eine zentrale Herausforderung dar, der wir uns zu stellen haben. Ein friedliches Miteinander kann jedoch nicht realisiert werden, wenn in multikultureller Beliebigkeit Parallelgesellschaften entstehen, die sich komplett vom Rest der Gesellschaft abkapseln. Um dieses zu verhindern, lautet die Devise "Fordern und Fördern": Die Beherrschung der deutschen Sprache sowie die Anerkennung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung muss eingefordert als auch durch entsprechende Angebote gefördert werden! In öffentlichen Einrichtungen wird Deutsch gesprochen! Nur so können Sprach- und Integrationsbarrieren überwunden und ein friedvolles Miteinander erreicht werden.

## PATRIOTISMUS

Wir begrüßen außerordentlich, dass unsere Generation sich im zunehmenden Maße nicht mehr für patriotische Gefühle schämt und mit Stolz die Farben unseres Vaterlandes trägt. Wir lassen uns unsere Heimatliebe auch nicht von den ewiggestrigen linken Miesmachern verderben und ermuntern alle Mitbürger, sich unverkrampft zum Stolz auf unsere deutsche Nation zu bekennen!

Patriotismus bedeutet, stolz auf sein eigenes Land und seine Kultur zu sein, was zugleich beinhaltet, dass man die patriotischen Gefühle von Mitbürgern anderer Nationen mit Respekt und Verständnis anerkennt. Hier liegt die klare Abgrenzung zum Nationalismus, der die eigene Nation anderen Nationen gegenüber als überlegen ansieht. Von einem derart gearteten nationalistischen Hochmut distanzieren wir uns in jeglicher Form; für uns bedeutet Patriotismus nichts anderes als die Liebe zum eigenen Land, die jedem Bürger dieser Welt zusteht.

Zu einer tiefen emotionalen Verbundenheit zum Vaterland gehört es auch, sich für die unsäglichen Verbrechen, die im deutschen Namen zur Zeit des Nationalsozialismus verübt wurden, zu schämen. Man kann sich jedoch nur für etwas aufrichtig schämen, für das man auch Stolz empfindet. Die Aufarbeitung dieser Verbrechen und ein tiefgründiger Nationalstolz schließen sich also nicht aus, sondern bedingen einander.

Um das Verständnis für die eigene nationale Identität zu fördern, fordern wir eine stärkere Berücksichtigung der facettenreichen, über Jahrhunderte gewachsenen deutschen Geschichte sowie der Entstehung und Funktionsweise unseres politischen Systems im Lehrplan an deutschen Schulen. Dies beinhaltet die Lehre im Umgang mit nationalen Symbolen, wie zum Beispiel das verpflichtende Erlernen der deutschen Nationalhymne in der Grundschule.

## SOZIALSTAAT

Wir stehen zu unserer christlich-sozialen Verantwortung gegenüber den sozial Benachteiligten in unserer Gesellschaft; wir stehen zum deutschen Sozialstaat auf Grundlage der Prinzipien der katholischen Soziallehre, der Solidarität und der Subsidiarität: Der Mensch ist zu aller erst in seiner Eigeninitiative und seinen eigenen Fähigkeiten zu unterstützen; übergeordnete Instanzen wie der Sozialstaat haben nur dann einzugreifen, wenn die Fähigkeiten des Individuums nicht zur Eigenversorgung ausreichen. Ist dies der Fall, greift das Prinzip der Solidarität, der Verantwortung der Leistungsfähigen gegenüber den sozial Schwachen.

Damit der Sozialstaat dieser Funktion gerecht wird, muss er jedoch vor Missbrauch geschützt werden. So muss verhindert werden, dass der Sozialstaat als Rechtfertigung für leistungsgerechte Umverteilungsphantasien und sozialistisch angehauchte Gleichmacherei missbraucht wird. Wir lehnen einen bevormundenden Sozialstaat, der durch falsche Anreize die Leistungswilligen bestraft und Faulheit belohnt, mit aller Entschiedenheit ab. Soziale Gerechtigkeit bedeutet Leistungsgerechtigkeit, nicht Verteilungsgerechtigkeit: Wer jeden Tag zur Arbeit fährt und sein Potenzial ausschöpft, muss deutlich besser gestellt sein als derjenige, der von der Solidarität der Gesellschaft lebt! Das Lohnabstandsgebot muss bewahrt und gestärkt werden; in diesem Zuge sprechen wir uns ganz eindeutig gegen Sozialtickets und andere Vergünstigungen für Leistungsempfänger aus, die von der arbeitenden Bevölkerung selbst getragen werden müssen.

Von herausragender Bedeutung für alle Sozialpolitik sollte das Wohl der Kinder sein. Das verhängnisvolle Phänomen der "vererbten" Armut muss in jedem Falle bekämpft werden, um Chancengerechtigkeit zu wahren und unser wichtigstes Zukunftskapital zu stärken. Der Schlüssel hierzu liegt in der Bildung. Deswegen unterstützen wir das Konzept, mithilfe von Bildungsgutscheinen den Kindern zielgerichtet beim Aufbau ihrer Existenz zu helfen, voll und ganz!